

PROTOKOLL

2 - Grosser Gemeinderat Steffisburg

Freitag, 30. April 2004,

16.00 Uhr, Aula Schönau, Steffisburg

Vorsitz	Huder Ursulina, GGR-Präsidentin 2004
Sekretär	Schmid Hans Ulrich, Gemeindeschreiber
Protokollführerinnen	Habegger Katharina, Verwaltungsangestellte (Traktanden 8 - 14) Schweizer Jacqueline, Verwaltungsangestellte (Traktanden 1 - 7)
Mitglieder	EDU Fuhrmann Uli Gerber Christian EVP Enggist Markus Mühlethaler Hanspeter Schweizer Thomas FDP Bührer Isabelle Gerber Jürg Reber Stefan Reinhard Michaela Spari Martin Schneeberger Stefan GVP Marti Jürg Meyer Gerhard Meyer Rudolf SP Brenzikofer Sandra Gfeller Katharina Hassenstein Schmidt Marianne Huder Ursulina Hug-Wäfler Gabriela Joder Stüdle Bettina Jordi Katharina Maurer Peter Schenk Marcel

Tognina Renato
Tschanz Therese

SVP
Gerber Heinz
Grossniklaus Hansueli
Marti Hans Rudolf
Marti Werner
Schmitter Jürg
Schwarz Elisabeth

WGS

Entschuldigt
Berger Ulrich, SVP (Rekonvaleszent)
Caspari Reto, FDP (Ausland)
Pulfer Bernhard, WGS (familiärer Grund)

Anwesend zu Beginn 31

Absolutes Mehr 16

Mitglieder Gemeinderat
Feller Hans Rudolf FDP
Hauenstein Urs SVP
Jakob Werner EVP/EDU (bis 20.10 Uhr)
Sartorius Marcus SP
Schmid Susanna SVP
Spycher Stephan FDP
Zbinden Paul SP

Anwesende Abteilungsleitungen/Stv. Allenbach Daniel, Gemeindeförster
Bühlmann Hans Peter, Abteilungsleiter Bildung
Ciabuschi Claudio, Abteilungsleiter Soziales
Finger Monika, Finanzverwalterin
Hadorn Hans-Peter, Abteilungsleiter Hochbau/Planung
Jäggi Albert, Abteilungsleiter Tiefbau/Umwelt
Müller Hansjürg, Polizeiinspektor
Zeller Rolf, Gemeindegemeinschafter-Stv.

Mitglieder Jugendrat Reusser Jonas (ab 16.35 Uhr)

Medienschaffende 4

Zuhörer 25

Gäste/Referenten Schulklasse 9a, Oberstufe Schönau, (Klasse Christoph Kestenholz)

ERÖFFNUNG

Frau Ursulina Huder begrüsst die anwesenden Ratskolleginnen und -kollegen, den Gemeindepräsidenten, die Mitglieder des Gemeinderates, den Sekretär und die Protokollführerin, die anwesenden Abteilungsleiter und die Abteilungsleiterin, die Medienvertreter und die Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Schulklasse von Christoph Kestenholz zur heutigen Sitzung.

Auf Grund der vielen Traktanden ist um ca. 18.00 Uhr eine Pause von 20 Minuten vorgesehen.

Die Vorsitzende gratuliert Herrn Hans Rudolf Feller zur Wahl als Mitglied des Grossen Rates des Kantons Bern und übergibt ihm ein Präsent.

Traktandenliste

Herr Marcel Schenk gibt den Unmut namens der SP-Fraktion bekannt über die viele Geschäfte umfassende Traktandenliste. Die Sitzung vom 5. März 2004 wurde mangels Geschäften abgesetzt und heute wird dem Rat eine solche Traktandenliste präsentiert. Die Aufforderung der SP, im Jahr 2004 eine zusätzliche Sitzung einzuplanen, wurde vom Gemeinderat als überflüssig beurteilt. Die SP ist der Ansicht, dass die Sitzungen des Grossen Gemeinderates durch die GGR-Präsidentin und nicht durch den Gemeinderat abzusetzen ist (Publikation).

Namens der SP-Fraktion beantragt er, das Traktandum 11 (Soziales; Tagesstätte; Erweiterung Angebot; Grundsatzentscheid; gleichzeitig Abschreibung der Motion der SP-Fraktion betr. Einführung einer Tagesschule) auf Grund der Dringlichkeit unmittelbar nach Traktandum 6 zu behandeln.

Abstimmung über Antrag der SP-Fraktion

Mit 25 : 0 Stimmen wird dem Antrag entsprochen. Demzufolge wird die Traktandenliste mit vorerwähnter Anpassung wie folgt genehmigt:

1. Grosser Gemeinderat; Mutationen
2. Protokoll der Sitzung vom 23. Januar 2004
3. Informationen
 - 3.1 des Gemeindepräsidenten
 - 3.2 des Jugendrates
4. Gemeinderat/Präsidiales; Verwaltungsbericht 2003
5. Gemeinderat/Finanzen; Rechnung 2003
6. Hochbau/Planung; Ortsplanungsrevision 200X; Verpflichtungskredit von Fr. 600'000.00
7. Soziales; Tagesstätte; Erweiterung Angebot; Grundsatzentscheid; gleichzeitig Abschreibung der Motion der SP-Fraktion betr. Einführung einer Tagesschule (2001/20)
8. Hochbau/Planung; Neuerstellung Parkplätze am Walkeweg; Verpflichtungskredit von Fr. 245'000.00

9. Tiefbau/Umwelt; Kanalisation Unterdorfstrasse mit Werkleitungersatz; Verpflichtungskredit von Fr. 1'045'000.00
10. Tiefbau/Umwelt; Bachsanierung und Neuanlage Fussweg Krebsengraben; Nachkredit von Fr. 57'000.00 zum Verpflichtungskredit von Fr. 350'000.00
11. Energie und Wasser; Werkleitungersatz Erlenstrasse; Kreditabrechnung; Kenntnisnahme
12. Parlamentarische Vorstösse
 - 12.1 Motion der SP-Fraktion betr. Pausenplätze sind keine Parkplätze (2003/23); Behandlung
 - 12.2 Dringliche Motion der FDP-Fraktion betr. Reorganisation der Sozialdienste Zulg (2004/01); Behandlung
 - 12.3 Motion der SVP-Fraktion betr. 5 anstatt 7 Gemeinderäte (2004/02); Behandlung
 - 12.4 Postulat der FDP-Fraktion betr. Sozialzeitausweis (2003/21); Behandlung / Abschreibung
 - 12.5 Motion der EVP-Fraktion betr. Massnahmen gegen zusätzliches Verkehrsaufkommen im Schwäbis (1996/01); Abschreibung
 - 12.6 Postulat der SVP-Fraktion betr. Kulturbühne Mosergut (2001/16); Abschreibung
 - 12.7 Postulat der FDP-Fraktion betr. Linksabbiegeverbot Höchhusweg (2003/22); Abschreibung
13. Neue parlamentarische Vorstösse; Bekanntgabe und Begründung
14. Einfache Anfragen

VERHANDLUNGEN

1. Grosser Gemeinderat; Mutationen

1.1 Grosser Gemeinderat; Ersatzwahl für Frau Esther Rychiger (FDP)

Ausgangslage

Mit Brief vom 8. Januar 2004 erklärt Frau Esther Rychiger ihren Rücktritt als Mitglied des Grossen Gemeinderates per 30. Januar 2004. Seit dem 1. Januar 1995 wirkte sie als Vertreterin der FDP im Rat mit und präsidierte diesen im Jahr 2003.

Ersatz

Gemäss Wahlprotokoll vom 24. November 2002 und der mündlichen Zusage hat der Gemeinderat mit Amtsantritt auf den 1. Februar 2004 als gewählt erklärt:

Reinhard Michaela, FDP, Immobilientreuhänderin, Astrastrasse 9, 3612 Steffisburg

1.2 Grosser Gemeinderat; Ersatzwahl für Frau Irmgard Dürmüller Kohler (FDP)

Ausgangslage

Mit Brief vom 31. Januar 2004 erklärt Frau Irmgard Dürmüller Kohler aus beruflichen Gründen ihren Rücktritt als Mitglied des Grossen Gemeinderates per 31. März 2004. Seit dem 6. März 2001 wirkte sie als Vertreterin der FDP im Rat mit. Als Vorsteherin des Amtes für Gemeinden und Raumordnung hat sie mit viel Fachkompetenz den Rat bei Reglementsbehandlungen unterstützt und beraten.

Ersatz

Gemäss Wahlprotokoll vom 24. November 2002 und der mündlichen Zusage hat der Gemeinderat mit Amtsantritt auf den 1. April 2004 als gewählt erklärt:

Spari Martin, FDP, Techniker TS, Klostershubel 6, 3612 Steffisburg

1.3 Grosser Gemeinderat; Ersatzwahl für Herrn Martin Indermühle (GVP)

Ausgangslage

Schriftlich erklärt Herr Martin Indermühle seinen Rücktritt als Mitglied des Grossen Gemeinderates per 15. März 2004 aus beruflichen Gründen. Er wird weiterhin das Restaurant im Schwimmbad Gumm betreuen.

Vom 27. Mai 2002 bis 31. Dezember 2002 und vom 5. März 2003 bis 15. März 2004 wirkte er als Vertreter der GVP im Rat mit.

Ersatz

Gemäss Wahlprotokoll vom 24. November 2002 und der mündlichen Zusage hat der Gemeinderat mit Amtsantritt auf den 16. März 2004 als gewählt erklärt:

Marti Jürg, GVP (parteilos), kaufm. Angestellter, Hubelweg 9a, 3612 Steffisburg

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Grossen Gemeinderat, von diesen Mutationen Kenntnis zu nehmen.

Die Vorsitzende wünscht den neuen Ratsmitgliedern viel Freude an der politischen Tätigkeit und viel Herzblut für das Dorf Steffisburg.

Beschluss

Der Grosse Gemeinderat nimmt von den Mutationen Kenntnis.

2. Protokoll der Sitzung vom 23. Januar 2004

Herr Hansueli Grossniklaus wünscht auf Seite 6 folgende Korrektur:

Die Vorsitzende gratuliert Herr Ulrich Berger zur Wahl (anstelle Hansueli Grossniklaus).

Mit dieser Bemerkung wird das Protokoll der Sitzung vom 23. Januar 2004 einstimmig genehmigt.

3. Informationen

3.1 des Gemeindepräsidenten

Herr Gemeindepräsident Hans Rudolf Feller bedankt sich für die Glückwünsche zu seiner Wahl als Mitglied des Grossen Rates und das erhaltene Geschenk.

3.1.1 Personelles / Mutationen

Kündigungen:

Abteilung Finanzen:

Gfeller Nicole hat ihre Stelle in der Buchhaltung per 30. Juni 2004 gekündigt. Sie ist seit 7 Jahren bei der Abteilung Finanzen. Die Stellenausschreibung läuft.

Abteilung Soziales/Jugendfachstelle U29:

Heiniger Jean-Pierre hat seine Stelle als Mitarbeiter in der Jugendfachstelle per 30. Juni 2004 gekündigt. Über eine allfällige Wiederbesetzung der Stelle wird noch entschieden.

Abteilung Soziales:

Ziswiler Pia hat ihre Stelle als Bereichsleiterin Inkassodienst/Mündelbuchhaltung per 30. Juni 2004 gekündigt.

Folgende Sozialarbeiterinnen haben ihre Stelle per 31. Mai 2004 gekündigt:

- Berthold Mara
- Mattenberger Janine

Neuanstellungen:

Abteilung Finanzen/Informatik:

Der Gemeinderat hat kürzlich eine neue Sachbearbeiterstelle zur Unterstützung des Dienstchefs Informatik bewilligt und öffentlich ausgeschrieben. Gewählt wurde: Stuker Roger, Burgdorf. Er wird seine Stelle spätestens am 1. Mai 2004 antreten.

Abteilung Soziales:

- Wyss Marianne, Adliswil, Nachfolgerin von Demian Blaser, wird die Stelle als Bereichsleiterin Sekretariat Sozialdienst Zulg am 1. Mai 2004 antreten.
- Aebersold Madeleine, Steffisburg, Nachfolgerin von Pia Ziswiler, wird als Bereichsleiterin Inkassodienst/Mündelbuchhaltung ihre Arbeit per 1. August 2004 aufnehmen.
- Nach der Demission von Franziska Hess als Bereichsleiterin der Jugendfachstelle per Februar 2004 hat der Gemeinderat als Nachfolgerin Brüderlin Gabriela, Basel, angestellt. Frau Brüderlin hat ihre Arbeit bereits am 1. März 2004 in der Jugendfachstelle an der Unterdorfstrasse 29 aufgenommen.

- Der Gemeinderat hat anfangs März 2004 eine Stellenaufstockung um 100 Stellenprozente im Ressort Sozialdienst Zulg bewilligt und Neukomm Thomas, Herzogenbuchsee, als Sozialarbeiter per 13. April 2004 angestellt.
- Brändli Alder Franziska, Spiez, Nachfolgerin von Mara Berthold, wird die Stelle als Sozialarbeiterin per 1. Juli 2004 antreten.
- Lienhardt Peter, Unterseen, wird seine Stelle als Sozialarbeiter per 1. Juni 2004 aufnehmen und ersetzt Janine Mattenberger.

3.1.2 Sanierung Pfadfinderheim an der Aare

Der Gemeinderat hat für die geplante Sanierung des Pfadfinderheims an der Aare einen Betrag in der Höhe von Fr. 10'000.00 bewilligt.

3.1.3 Steffisburg und Fahrni; Zusammenschluss der Feuerwehren

Bereits heute arbeiten die Feuerwehren von Steffisburg und Fahrni in verschiedenen Bereichen eng zusammen, so unter anderem bei der gemeinsamen Ausbildung und beim Atemschutz. Der Gemeinderat hat nun einen Vertrag betr. Übertragung der Feuerwehraufgaben der Gemeinde Fahrni an die Gemeinde Steffisburg genehmigt. Das Modell kommt im Kanton Bern erstmals zur Anwendung. Nach der öffentlichen Orientierung in der Gemeinde Fahrni wird die Gemeindeversammlung am 7. Juni 2004, ebenfalls über die Vorlage befinden.

3.1.4 Internetseite Steffisburg; Fotos der Mitglieder des Grossen Gemeinderates

Ab heute sind die Fotos der Mitglieder des Grossen Gemeinderates unter www.steffisburg.ch abrufbar. Anhand der sogenannten Visitenkarte ist ersichtlich, in welchen Gremien das Mitglied sonst noch tätig ist. Die Daten stammen aus der Einwohnerkontrolle bzw. dem Behördenverzeichnis.

3.2 des Jugendrates

Zur Zeit ist kein Mitglied des Jugendrates anwesend. Unter Traktandum 14 haben die Vertreter des Jugendrates die Möglichkeit zu informieren.

4. Gemeinderat/Präsidiales; Verwaltungsbericht 2003

Herr Gemeindepräsident Hans Rudolf Feller hat keine Ergänzungen anzubringen. Der umfangreiche Verwaltungsbericht ist für spätere Recherchen immer wieder wertvoll. Er empfiehlt, den illustrativen Verwaltungsbericht zu genehmigen. Anregungen sind im Sinne eines Postulates einzureichen.

Stellungnahme der AGPK

Frau Bettina Joder Stüdle, Vizepräsidentin, schliesst sich namens der AGPK dem Dank für die geleistete Arbeit (gemäss Verwaltungsbericht Seite 1) an. Einstimmig empfiehlt die AGPK, den umfangreichen und interessanten Verwaltungsbericht 2003 zu genehmigen.

Eintreten

Herr Hansueli Grossniklaus bedankt sich namens der SVP-Fraktion für das gelungene Werk. Positiv ist ihm der Bericht über die Abteilung Soziales aufgefallen. Zudem stellt er jährliche Erneuerungen bezüglich Darstellung fest. Namens der Partei empfiehlt er die Annahme des Berichtes.

Herr Marcel Schenk spricht namens der SP-Fraktion den Dank an die Verwaltungs-Mitarbeitenden aus für den Einsatz und das Engagement sowie den gut gestalteten und informativen Verwaltungsbericht 2003. Er regt an, zukünftig sämtliche Abteilungsberichte, bezüglich des zur Verfügung stehenden Platzes ausgewogener zu gestalten. Die SP ist für Eintreten.

Frau Isabelle Bühler bedankt sich namens der FDP-Fraktion für den informativen und lebendig gestalteten Verwaltungsbericht 2003. Sie beantragt deren Annahme.

Detailberatung

Seiten 3 - 12

Keine Bemerkungen.

Seite 13 / Neue Motionen 2003

Frau Bettina Joder Stüdle erkundigt sich nach dem Stand der Motion der SP-Fraktion betr. Alkohol-Präventionsprogramm - alles im Griff?.

Frau Gemeinderätin Susanna Schmid gibt bekannt, dass das Geschäft noch nicht soweit ist, um darüber informieren zu können.

Seite 15 / Unerledigte Motionen 2003

Herr Marcel Schenk interessiert den neusten Stand im Zusammenhang mit der unerledigten FPS-Motion betr. Alte Bernstrasse sicherer. Zudem erkundigt er sich nach den Anwohnervertretungen.

Herr Gemeinderat Urs Hauenstein informiert über den einjährigen Verkehrsversuch auf der Bernstrasse. Der Versuch sieht einen Kreislauf an der Bernstrasse / Bahnhofstrasse / Aarestrasse vor, wobei die Zulgstrasse via Holzbrücke erreichbar ist. Zudem wird an der Alten Bernstrasse / Einmündung Zulgstrasse ein Signal „kein Vortritt“ errichtet. Zur Zeit läuft eine Vernehmlassung bei folgenden Amtsstellen: Gemeinde, Strasseninspektorat und Fachstelle Velo. Wann dieser Versuch gestartet wird, ist noch nicht bekannt. Die Anwohnervertretungen sind: Frau Aeberhard und die Herren Balmer und Ingold.

Seite 17 / Unerledigte Postulate 2003 (Tempo-30-Zonen)

Frau Bettina Joder Stüdle erkundigt sich, wann die erste Tempo-30-Zone publiziert wird und wie der Stand der Angelegenheit ist.

Herr Hansjürg Müller, Polizeiinspektor, erklärt hierzu, dass die erste Tempo-30-Zone in den nächsten 2 Monaten publiziert wird. Wie schnell die Umsetzung erfolgen kann, hängt von den Einsprachen ab.

Seiten 18 - 48

Keine Bemerkungen.

Seite 49 / 5.2 Abteilung Tiefbau/Umwelt

Herr Renato Tognina erkundigt sich, was das Strassenerhaltungsprogramms PMS alles beinhaltet.

Herr Albert Jäggi, Abteilungsleiter Tiefbau/Umwelt, erläutert das Strassenerhaltungsprogramm, welches über den Unterhalt sämtlicher Strassen in der Gemeinde Auskunft gibt. PMS heisst: Pagement Management System.

Seiten 50 - 65

Keine Bemerkungen.

Seite 66 / 6.10 Abteilung Bildung

Herr Renato Tognina bittet um Erläuterung des Satzes: Dabei soll die vom Bund in Aussicht gestellte Anstossfinanzierung beansprucht werden können.

Frau Gemeinderätin Susanna Schmid informiert wie folgt: Damit der Bund bzw. der Kanton das Modell familienexterne Kinderbetreuung das erste Mal mitfinanziert, hat die Gemeinde die Anforderungen bzw. Ermächtigungen auf Seite 77 (gemäss Bericht und Antrag) zu erfüllen.

Seite 85 / Geschwindigkeitsmessungen /Radarkontrollen

Frau Marianne Hassenstein Schmidt stellt fest, dass die Radarkontrollen der Gemeindepolizei teilweise durch die Kantonspolizei übernommen wurden. Sie erkundigt sich, wie viele Kontrollen die Kantonspolizei durchgeführt hat.

Herr Gemeinderat Urs Hauenstein stellt dazu fest, dass im Jahr 2004 drei Kontrollen pro Monat geplant sind und die Kantonspolizei letztes Jahr sechs Radarkontrollen durchführten.

An dieser Stelle trifft Herr Jonas Reusser, Präsident des Jugendrates, ein (16.35 Uhr).

Seiten 86 - 100

Keine Bemerkungen.

Keine Rückkommensanträge.

Schlussabstimmung

Einstimmig fasst der Rat folgenden

Beschluss

Der Grosse Gemeinderat von Steffisburg, gestützt auf

- Art. 51 Abs. 2 lit. a der Gemeindeordnung vom 3. März 2002
- Antrag des Gemeinderates

beschliesst:

1. Der Verwaltungsbericht für das Jahr 2003 wird genehmigt.
2. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 30 Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.

5. Gemeinderat/Finanzen; Rechnung 2003

Herr Gemeinderat Stephan Spycher kann anhand von Folien die Gemeinderechnung 2003 präsentieren, welche mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 2'506'304.21 abschliesst. Der Voranschlag sah ein ausgeglichenes Rechnungsergebnis vor. Auf die budgetierten Sondermassnahmen von Fr. 2,5 Mio. wird auf Grund des Rechnungsergebnisses verzichtet. Das gute Ergebnis ist auf einmalige Ereignisse zurück zu führen und erlaubt die Bildung von Eigenkapital in der Höhe von 2,5 Mio. Franken. Dies macht weniger als zwei Steuerzehntel aus. Der Kanton hält drei bis fünf Steuerzehntel (Fr. 5 - 8 Mio.) als angemessen. Der Schuldenabbau wird durch die Investitionen beeinflusst und der Spielraum für die Gemeinde Steffisburg ist nach wie vor nicht gross.

Rechnung 2003; Abweichungen gegenüber dem Voranschlag

Bei den einmaligen Ereignissen handelt es sich um Fr. 1,5 Mio. Steuerrückstellungen, welche aufgelöst werden konnten. Die juristischen Personen haben gegenüber dem Voranschlag um knapp Fr. 2 Mio. besser abgeschnitten. Der grösste juristische Steuerzahler konnte im vergangenen Jahr für die Jahre 1999 - 2001 definitiv veranlagt werden. Dies führte zu massiven Steuernachforderungen und hatte die Erhöhung der Steuerrate im Jahr 2003 zur Folge. Zudem konnten Sonderveranlagungen (2. Säule/Hypothek-Amortisation) in der Höhe von ca. Fr. 0,5 Mio. verbucht werden.

Die rege Bautätigkeit schaffte neue amtliche Werte und führte demzufolge zu höheren Liegenschaftssteuern. Der Gemeinderat war beim Teuerungsausgleich und bei den Beförderungen zurückhaltend. Die schlechte Wirtschaftslage hat zur Folge, dass für gefährdete Steuern die Wertberichtigungen um knapp Fr. 400'000.00 erhöht werden mussten. Da die Gemeinde finanziell besser dasteht, fällt der Finanzausgleich seitens des Kantons tiefer aus. Zudem musste der Darlehenszins der NetZulg AG auf 5% reduziert werden.

Höherer Steuerertrag (verbucht)

Höhere Steuererträge gegenüber der Rechnung 2002 sind bei den natürlichen wie auch bei den juristischen Personen zu verzeichnen. Auch die Liegenschaftsteuererträge stiegen an.

Bei den Bereichen Grundstückgewinnsteuer und Sonderveranlagung ist eine Abnahme zu verzeichnen. Auch die Bauinvestitionstätigkeit ist gegenüber den Jahren 2000 - 2002 rückläufig.

Steuerertrag (um die Rückstellung korrigiert)

Bei den natürlichen Personen ist kein Steuerwachstum zu verzeichnen, deshalb liegt das Steueraufkommen unter dem Voranschlag.

Investitionen Steuerhaushalt

Die geplanten Investitionen beeinflussen die Liquidität nachhaltig und waren im Jahr 2003 im Rahmen der geplanten Investitionstätigkeit:

- | | |
|--|----------------|
| - geplante Nettoinvestitionen 80% | Fr. 4,377 Mio. |
| - total ausgeführte Nettoinvestitionen | Fr. 3'893 Mio. |

Investitionen bei den Spezialfinanzierungen (Abwasser / Strassen / Feuerwehr usw.)

Im Bruttobereich ist bei der Investitionstätigkeit ein deutlicher Unterschied zu verzeichnen.

Im Jahr 2003 waren folgende Investitionen geplant, welche jedoch nicht ausgeführt wurden:

- | | | |
|--|---------|----------------|
| - Abwassersanierung Schwäbismatte
(Kreditgenehmigung: 22.08.2003) | geplant | Fr. 800'000.00 |
| - Kanalisation Stutz
(Kreditgenehmigung: Sommer 04) | geplant | Fr. 400'000.00 |
| - Feuerwehr Ersatz Chevy
(Ersatz verschoben 2004) | geplant | Fr. 120'000.00 |

Gewinnausweis

Der Gemeinderat hat beschlossen, den Gewinn von Fr. 2,5 Mio. in der Rechnung 2003 auszuweisen. Mit dem Eigenkapital verbessert sich die Zinssituation und der Spielraum für die Finanzplanung und Budgetierung lockert sich etwas.

Schuldenabbau

Von den ausgewiesenen Fr. 8 Mio. wurden die Verwaltungsaufgaben und Investitionen bezahlt (effektiv netto investiert hat die Gemeinde ca. Fr. 3,8 Mio.). Von den übrigen Fr. 4,0 Mio. flossen Fr. 1,4 Mio. in die Spezialfinanzierungen. Die Gemeinde weist einen Finanzierungsüberschuss von Fr. 4 Mio. aus.

Die Bilanzrelationen haben sich verbessert (mehr flüssige Mittel / mehr Aktiven). Die mittel- und langfristigen Schulden sind stabil und liegen bei 42 Mio Franken.

Finanzkennzahlen 1998 - 2003 im Vergleich mit Berner Gemeinden (1998 - 2002)

Steffisburg liegt bei der Selbstfinanzierung über und in den Bereichen Zinsbelastung und Kapitaldienstanteil unter dem kantonalen Mittel. Die Erkenntnis daraus ist, dass die Gemeinde Steffisburg in den letzten 10 bis 15 Jahren über seine Verhältnisse hinaus lebte.

Die Ausgaben haben mit den Einnahmen Schritt zu halten. Können weitere solche Rechnungsergebnisse erzielt werden, sind die geplanten Investitionen nicht gefährdet. Jedoch ist der Handlungsspielraum für neue Projekte zu eng. Der Überschuss von Fr. 1,3 Mio. lässt keine zusätzlichen Investitionen zu.

Die finanzpolitische Botschaft lautet: Trotz der Besserstellung ist weiterhin Sparen angesagt!

Stellungnahme AGPK

Frau Bettina Joder Stüdle bestätigt, dass die AGPK die Rechnung 2003 mit dem erwähnten Ertragsüberschuss einstimmig genehmigt und vom Vorbericht Kenntnis nimmt. Sie regt an, zukünftig die verschiedenen Positionen im Vorbericht transparenter zu gestalten. Trotz des positiven Abschlusses dürfen keine euphorischen Begehrlichkeiten geweckt werden. Die AGPK hat mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, dass ausstehende Veranlagungen mit einem Telefonat an den Kanton ausgelöst werden konnten.

Eintreten

Namens der FDP-Fraktion bedankt sich Frau Michaela Reinhard bei der Finanzverwaltung bzw. beim Finanzvorsteher und der Finanzverwalterin für die umsichtige und sorgfältige Arbeit. Der eingeschlagene Weg ist weiterzuverfolgen. Deshalb ist die FDP für Eintreten und Annahme der Rechnung 2003.

Herr Christian Gerber unterstützt namens der EDU-/EVP-Fraktion die finanzpolitische Botschaft und ist für Eintreten.

Herr Renato Tognina anerkennt namens der SP-Fraktion die seriöse Arbeit seitens der Verwaltung und bedankt sich für die klare Präsentation der Rechnung 2003. Die Attraktivität ist weiterhin in der Gemeinde Steffisburg zu fördern, deshalb ist Sparen für die SP nicht das oberste Gebot. Sie wird die Rechnung 2003 genehmigen.

Herr Gerhard Meyer ist über das gute Rechnungsergebnis erfreut, welches auch ohne Steuererhöhung möglich war. Weiterhin ist Wünschenswertes vom Notwendigen zu trennen. In diesem Sinne ist die GVP für Eintreten und wird der Rechnung 2003 zustimmen.

Herr Hansueli Grossniklaus spricht namens der SVP-Fraktion die Freude über das Rechnungsergebnis aus. Die langjährige und gradlinige Finanzpolitik hat sich ausbezahlt. Die Untergangsstimmung ist nicht eingetreten und die geplanten Sondermassnahmen mussten nicht ausgelöst werden. Die SVP ist für Eintreten und wird der Rechnung zustimmen. Im Leitbild unter I5 ist zu lesen, dass sich Steffisburg in der Region mit starken Finanzkennzahlen profiliert. Daran hat die Gemeinde noch zu arbeiten.

An dieser Stelle verlässt die Schulklasse die Sitzung (17.00 Uhr).

Detailberatung

Seiten 1 - 26 / Vorbericht

Seite 7 / Juristische Personen

Herr Jürg Marti erkundigt sich, was die noch nicht definitiv veranlagten juristischen Personen franken- bzw. prozentmässig ausmachen.

Herr Gemeinderat Stephan Spycher kann nicht sagen, ob Einsprachen hängig sind. Um Rückstellungen auffangen zu können, wurde im Voranschlag 2004 bei den juristischen Personen ein deutlich geringerer Ertrag eingesetzt.

Seite 11 / Soziale Wohlfahrt

Herr Jürg Marti stellt im Rechnungsjahr 2003 eine weitere Kostenexplosion im Bereich der sozialen Wohlfahrt fest. Diesbezüglich fragt er nach den Ursachen.

Herr Gemeinderat Stephan Spycher stellt eine Zunahme bei den ausgesteuerten Personen und der Einwohnerzahl fest, welche zu höheren Sozialbeiträgen führt. Die Gemeinde hat sich zudem am kantonalen Kostenanteil zu beteiligen.

Seite 27 / Zusammenzug der Laufenden Rechnung nach Funktionen

Keine Bemerkungen.

Seiten 28 - 57 / Laufende Rechnung nach Funktionen

Keine Bemerkungen.

Seiten 58 - 61 / Zusammenzug der Laufenden Rechnung nach Arten

Keine Bemerkungen.

Seite 62 / Zusammenzug der Investitionsrechnung nach Funktionen

Keine Bemerkungen.

Seiten 63 - 71 / Investitionsrechnung nach Funktionen

Keine Bemerkungen.

Seiten 72 - 73 / Zusammenzug der Investitionsrechnung nach Arten

Keine Bemerkungen.

Seite 74 / Zusammenzug der Bestandesrechnung

Keine Bemerkungen.

Seiten 75 - 81 / Bestandesrechnung

Seiten 75 / 76 / 79

Herr Jürg Marti stellt bei den Positionen 1013.01 Debitor Lastenausgleich Sozialhilfe und 1015.09 Verschiedene Debitoren sowie 2000.20 Kreditoren eine starke Veränderung fest und bittet um genaue Erläuterung.

Herr Gemeinderat Stephan Spycher informiert über die Position 1013.01, bei der es sich um ein Guthaben gegenüber dem Lastenausgleich handelt. Der Lastenausgleich wird jeweils im Folgejahr der Gemeinde rückvergütet. Auf Ende Jahr wurden Anschlussgebühren in Rechnung gestellt, welche noch nicht beglichen sind. Daher die Überschreitung bei der Position Verschiedene Debitoren. Seitens der Gemeinde wurde darauf geachtet, dass die offenen Rechnungen Ende 2003 beglichen sind. Daher liegen die Kreditoren tiefer als letztes Jahr.

Seite 82 / Übersicht über die Jahresrechnung

Keine Bemerkungen.

Seite 83 / Finanzierungsausweis

Keine Bemerkungen.

Seiten 84 - 85 / Abschreibungstabelle

Keine Bemerkungen.

Seiten 86 - 90 / Verpflichtungskreditkontrolle

Keine Bemerkungen.

Keine Bemerkungen.

Keine Rückkommensanträge. Der Rat nimmt im Weiteren von der Nachkredittabelle Kenntnis.

Bestätigungsbericht des Rechnungsprüfungsorgans (ROD)

Der Rat nimmt vom Bestätigungsbericht Kenntnis.

Schlussabstimmung

Einstimmig fasst der Rat folgenden

Beschluss

Der Grosse Gemeinderat von Steffisburg, gestützt auf

- Art. 51 Abs. 2 lit. b der Gemeindeordnung vom 1. Januar 2003
- Antrag des Gemeinderates

beschliesst:

1. Die Gemeinderechnung 2003, welche mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 2'506'304.21 abschliesst, wird genehmigt.
2. Es wird festgestellt, dass keine Nachkredite durch den Grossen Gemeinderat zu genehmigen sind. Von der Nachkredittabelle mit Beträgen über Fr. 10'000.00 wird Kenntnis genommen.
3. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 30 Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.

6. Hochbau/Planung; Ortsplanungsrevision 200X; Verpflichtungskredit von Fr. 600'000.00

Herr Gemeindepräsident Hans Rudolf Feller weist darauf hin, dass neu auch die Verwaltung gegenüber den Bürgerinnen und Bürger eine Verantwortung wahrzunehmen hat (siehe Führungsgrundsatz). Zudem wurden folgende Leitsätze angepasst:

Leitsatz 2: von Position 5 auf 2 vorverschoben

Leitsatz 5: Die Aufgaben sowie der finanzielle Spielraum sind zu erfüllen.

Unter C Handlungsfelder und Entwicklungsziele wurde Folgendes angepasst:

A1 ...klaren Führung...

statt starken Führung...

B2 Die Bevölkerung wächst angemessen, aber kontinuierlich.

angemessen an Schluss gestellt

D1 ...Der baulichen Entwicklung im Siedlungsgebiet ist der Vorzug zu geben.

Ergänzung; ist in der Ortsplanung zu berücksichtigen

Anhand der Folie ist ersichtlich, dass der Gemeinderat im Gebiet Stockhornstrasse Nord keine Siedlungsbebauung beabsichtigt, sondern das Schwergewicht auf Landschaft setzt. Landschaft ist jedoch nicht gleich mit Landwirtschaft zu setzen. Die heutigen Monokulturen sind nicht im Sinne der Natur und daher möglichst zu vermeiden.

Unumstritten ist auch das Vorantreiben der Entwicklung im Gebiet Bernstrasse und Bahnhof. Der Charakter in diesem Gebiet wird sich in den nächsten Jahren nochmals stark ändern und das Bahnhofgebiet wird demzufolge neu gewertet.

Das Baureglement und der Zonenplan wirken sich auf die Bautätigkeit aus und beeinflussen die Gemeindeentwicklung. Deshalb gilt es, gute Voraussetzungen zu schaffen.

Der Zonenplan und das gültige Baureglement sind seit 1996 in Kraft und haben die Bestimmungen aus dem Jahr 1977 abgelöst. Gegen Ende der Periode 1977 - 1996 war eine Stagnation der Bautätigkeit spürbar, da kein marktgerechtes Angebot mehr vorhanden war. Damit das Angebot der Nachfrage entspricht, ist alle 15 Jahre eine sogenannte Ortsplanungsrevision durchzuführen. Auf Grund der vorhandenen Voraussetzungen wie Abgrenzung des Siedlungsgebietes und das Festlegen von Art und Mass der Nutzung ist im heutigen Zeitpunkt eine Teilrevision anzustreben.

Im Gegensatz zum Leitbild von 1991 bildet das heutige ergänzt mit Strategien und Massnahmen den Richtplan der Ortsplanung. Nach der Überarbeitung des Zonenplans und des Baureglements werden vor allem konkrete Aussagen im Entwicklungsgebiet Bahnhof erwartet.

Anhand einer Folie präsentiert Herr Hans Rudolf Feller den zeitlichen Ablauf der Teilrevision. An dieser Stelle beantragt er, dem Verpflichtungskredit von Fr. 600'000.00 zuzustimmen. Die einzelnen Positionen sind für Studien und Expertenberichte vorgesehen.

Stellungnahme AGPK

Frau Bettina Joder Stüdle beurteilt die Ortsplanung und die Ortsentwicklung als ein spannendes und nachhaltiges Geschäft. Das Leitbild bedeutet für sie „ein läbiges Dorf“. Die AGPK fordert auf, den Verpflichtungskredit als Kostendach zu verstehen. Mit 6 : 0 Stimmen kann die AGPK dem Verpflichtungskredit von Fr. 600'000.00 für die Ortsplanungsrevision zustimmen.

Eintreten

Herr Peter Maurer kann auf das intensive Aktenstudium, die unterschiedlichen Visionen und Zukunftsabsichten innerhalb der Partei hinweisen. Er erkundigt sich nach dem Unterschied zwischen einer Teil- und Totalrevision. Im Investitionsplan ist seines Erachtens ein Verpflichtungskredit von Fr. 600'000.00 für eine Totalrevision eingestellt. Da die Parteien die sogenannte Infrastruktur bilden, sind diese in den Planungsprozess einzubinden. Die SP wird dem Kreditbegehren zustimmen und schlägt vor, das Leitbild in Form einer Broschüre zu veröffentlichen.

Herr Martin Spari ist namens der FDP-Fraktion für Eintreten und wird dem beantragten Verpflichtungskredit zustimmen. Es ist an der Zeit, längerfristig (bis ins Jahr 2020) zu planen. Mit dem modularen Vorgehen kann ein kontinuierlicher und transparenter Entwicklungsprozess erzielt werden.

Herr Werner Marti beurteilt namens der SVP-Fraktion die Teilrevision der Ortsplanung als sinnvoll. Der Rahmen ist so zu stecken, dass danach gelebt werden kann.

Frau Ursulina Huder macht auf Art. 17 Ziff. 2 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates aufmerksam, welcher besagt, dass die Eintretensfrage von allen Rednerinnen oder Rednern kurz zu beantworten ist und der Detailberatung nicht vorgegriffen werden soll.

Detailberatung

Herr Gemeindepräsident Hans Rudolf Feller kann auf die geplante Veröffentlichung des Leitbildes aufmerksam machen. Im Rahmen der Mitwirkungsphase konnten Parteivertreter, Verbände, Organisationen und die Bevölkerung ihre Meinungen kundtun. Bei der Ortsplanungsrevision 200X werden die Grundsätze wie Fruchtfolgeflächen und Abschaffung der Ausnützungsziffer nicht mehr hinterfragt werden müssen.

Herr Gerhard Meyer beantragt, den Verpflichtungskredit von Fr. 600'000.00 als Kostendach zu bewilligen gemäss Vorschlag der Aufsichts- und Geschäftsprüfungskommission.

Herr Gemeindepräsident Hans Rudolf Feller legt dar, dass es sich bei einem Verpflichtungskredit immer um ein sogenanntes Kostendach handelt.

Herr Gerhard Meyer ist der Auffassung, dass bei einem Kostendach sorgfältiger mit dem Geld umgegangen wird. Die Aussage betr. Kostendach von Fr. 600'000.00 ist im Protokoll festzuhalten.

Herr Gemeindepräsident Hans Rudolf Feller hält fest, dass ein Nachkredit beim entsprechenden Organ (Gemeinderat oder Grosser Gemeinderat) einzuholen ist, bevor etwas unternommen werden kann.

Herr Hansueli Grossniklaus orientiert über die Kredite, welche in jedem Fall als Kostendach zu verstehen und demzufolge sorgfältig zu behandeln sind.

Frau Elisabeth Schwarz bedankt sich, dass die Anliegen der Mitwirkenden in der Ortsplanungsrevision bzw. im Gemeindeleitbild berücksichtigt und bestimmt auch umgesetzt werden. Sie informiert über die kleinstrukturierte Landwirtschaft in Steffisburg. In der Gemeinde Steffisburg ist nirgendwo Monokultur zu finden. Sie ist erfreut, dass die Landwirtschaft unter E6 im Leitbild verankert ist und die Entwicklung der Gemeinde nach Innen gefördert wird. Sie erinnert, dass der Lebensraum für Mensch und Tier auch in der Gemeinde Steffisburg immer knapper wird. Mit der ökologischen Vernetzung bzw. auf den sogenannten ökologischen Inseln sind bedrohte Tiere anzusiedeln. Die SVP-Fraktion wird dem Kreditbegehren zustimmen in der Annahme, dass sorgfältig geplant wird.

Herr Gemeindepräsident Hans Rudolf Feller kann auf die Rücksichtnahme der Naherholungsgebiete und die Entwicklungsförderung in Steffisburg hinweisen. Die erwähnte ÖKUV bildet einen Bestandteil der gesamten Ortsplanung und wird flächendeckend (im ganzen Kanton) angegangen.

Schlussabstimmung

Einstimmig fasst der Rat folgenden

Der Grosse Gemeinderat von Steffisburg, gestützt auf

- Art. 51 Abs. 2 c der Gemeindeordnung vom 3. März 2002
- Antrag des Gemeinderates

beschliesst:

1. Vom Vorgehen und den Terminen zur Ortsplanungsrevision 200X gemäss vorstehendem Bericht wird Kenntnis genommen.
2. Für die Erarbeitung der Ortsplanungs-Teilrevision und des Richtplans zur Ortsentwicklung wird ein Verpflichtungskredit von Fr. 600'000.00 (inkl. MWST) bewilligt. In diesem Betrag enthalten sind die bereits vom Gemeinderat am 29. April 2002, 9. Dezember 2002 (1. Nachkredit) und 15. September 2003 (2. Nachkredit) bewilligten Kredite von insgesamt Fr. 145'000.00.
3. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 30 Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.

7. Soziales; Tagesstätte; Erweiterung Angebot; Grundsatzentscheid; gleichzeitig Abschreibung der Motion der SP-Fraktion betr. Einführung einer Tagesschule (2001/20)

Frau Gemeinderätin Susanna Schmid kann auf die ausführlichen Unterlagen und den zu fällenden Grundsatzentscheid hinweisen. Da eine Tagesschule, wie es die Motion der SP-Fraktion verlangt, zu teuer kommt und die Gemeinde Steffisburg dafür zu klein ist, wurde nach Alternativen gesucht. Folgende vier Fakten sprechen für das erweiterte Angebot der familienexternen Betreuung in Steffisburg:

1. Auf die Veränderung der Gesellschaft ist zu reagieren und dementsprechend zu handeln.
2. Auf Grund der Gemeindegrosse und Bevölkerungsstruktur ist eine familienexterne Betreuung anzubieten.
3. Der Vertrag zwischen der Tigerente und der Einwohnergemeinde läuft Ende 2004 aus. Neu ist, dass die Gemeinden, welche eine Beteiligung des Kantons über den Lastenausgleich für die bestehenden oder neuen familienergänzenden Betreuungsangebote wünschen, eine sogenannte Ermächtigung zu erfüllen hat.
4. Die bestehenden Synergien sind zu nutzen. Für das gesamte Angebot ist eine Leitung zuständig.

Ein Bedarfsnachweis zeigt deutlich, dass die Bevölkerung von Steffisburg ein solches Angebot wünscht. Den alleinerziehenden Frauen und Männern ist eine Fremdbetreuung ihrer Kinder anzubieten. Zudem besteht für Frauen die Möglichkeit, ihren Beruf weiterhin ausüben zu können. Auf Grund dieser Ausführungen beantragt Frau Susanna Schmid, dem Grundsatzentscheid gemäss Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Herr Gemeinderat Marcus Sartorius bedankt sich für die sehr gute Zusammenarbeit mit den Abteilungen Soziales und Bildung und das Raumangebot seitens der Burgergemeinde. Auch für die Arbeit seitens der Arbeitsgruppe Tagesstätte bedankt er sich. Er ist froh über die breite Abstützung des Geschäftes. Unter Traktandum 6 haben die Mitglieder des Grossen Gemeinderates von den Handlungsfeldern und den Entwicklungszielen der Gemeinde Kenntnis genommen. Steffisburg ist als Wohn-, Einkaufs- und Arbeitsort attraktiv und bietet eine gute öffentliche Infrastruktur für die gesamte Bevölkerung, auch für junge Familien und für Senioren. Das geplante Angebot ist bedürfnisgerecht wie im Handlungsfeld G3 beschrieben.

Er unterstreicht das Bedürfnis an Kindertagesstätten seitens der Grossunternehmen. Zudem wirkt sich das vorhandene Angebot an Tagesstrukturen in der Gemeinde auf das sogenannte Raiting aus. Aus diesen Gründen beantragt Herr Sartorius, dem Grundsatzentscheid zuzustimmen.

Stellungnahme AGPK

Frau Bettina Joder Stüdle kann die einstimmige Unterstützung des erweiterten Angebotes der Tagesstätte seitens der AGPK bekannt geben.

Eintreten

Herr Stefan Schneeberger stellt namens der FDP-Fraktion den Bedarf an institutionelle Kinderbetreuung in der Gemeinde Steffisburg fest und ist gerne bereit, darüber zu diskutieren unter der Voraussetzung, dass die entsprechende Einrichtung effizient geplant, geführt und zweckmässig finanziert wird.

Herr Christian Gerber ist namens der EDU-/EVP-Fraktion für Eintreten und für ein erweitertes Angebot der familienexternen Betreuung . Es ist vor allem eine Institution für Alleinerziehende sowie Erziehende mit niedrigem Einkommen aufzubauen.

Frau Sandra Brenzikofer weist auf die Chance hin, einen grossen Schritt bzw. Fortschritt in der familienergänzenden Betreuung zu tun. Die Erfahrungen mit den bereits bestehenden Angeboten wie Kindertagesstätte, Mittagstisch und Aufgabenhilfe zeigen, dass ein Bedürfnis nach Erweiterung der Betreuung besteht. Dies bestätigt auch die repräsentative Umfrage. Heute kann auch für die Förderung der Wohnattraktivität in Steffisburg etwas gemacht werden. Bekanntlich ist die Höhe des Steuersatzes nicht der einzig ausschlaggebende Faktor, um eine Gemeinde als Wohnsitz zu wählen. Eine Betreuungsmöglichkeit ist für Eltern ebenso wichtig. Die SP-Fraktion ist überzeugt, dass sich die Einführung der Tagesschule bzw. Tagesstätte auch volkswirtschaftlich lohnen wird. Heute besteht die Chance, etwas für die Kinder in Steffisburg zu unternehmen. Immer mehr Kinder wachsen alleine oder mit nur einem Geschwister auf. Sie brauchen andere Kinder, um sich entwickeln zu können. Eltern, welche Familie und Beruf in befriedigender Weise verbinden können, sind zufrieden, was sich auch auf das Familienleben positiv auswirkt.

In den freiwerdenden Liegenschaften der heilpädagogischen Sonderschule kann eine ausserhäusliche Kinderbetreuung vom Säuglingsalter bis und mit der obligatorischen Schulzeit angeboten werden. Das Raumproblem, welches viele Gemeinden daran hindert, eine Tagesschule einzuführen, besteht in der Gemeinde Steffisburg nicht. Das Parlament hat mit der Anstossfinanzierung Gelder für familienergänzende Betreuungsplätze gesprochen. Es gilt somit, die Chance zu nutzen. Sie ist davon überzeugt, dass die ungedeckten Kosten lastenausgleichsberechtigt sind. Frau Brenzikofer bittet den Rat deshalb um Annahme des Grundsatzentscheides.

Herr Heinz Gerber ist namens der SVP-Fraktion für Eintreten.

Herr Gerhard Meyer gibt namens der GVP-Fraktion die Unterstützung des Geschäftes bekannt.

Detailberatung

Herr Heinz Gerber erkennt namens der SVP-Fraktion das Bedürfnis nach einem professionellen Betreuungsangebot für Kinder und wird dem Grundsatzentscheid zustimmen. Nach wie vor ist die Fraktion der Meinung, dass die Erziehung der Kinder Sache der Familie ist und nur in Ausnahmefälle solche Stätten zur Verfügung zu stellen sind (siehe G3 des Leitbildes). Das Detailprojekt wird genau überprüft und die SVP ist nicht bereit, weitere Verpflichtungen einzugehen.

Herr Christian Gerber nimmt von der Tariftabelle auf Seite 76 Kenntnis und bittet, diese allenfalls in einem späteren Zeitpunkt anzupassen. Selbst kleinere Beträge können eine gewisse Belastung darstellen.

Herr Gerhard Meyer erkundigt sich, ob ein privatrechtlicher Ausbau der Tigerente überprüft wurde. Er macht beliebt, diese Lösung parallel dazu zu prüfen.

Herr Werner Marti kann dem Grundsatzentscheid zustimmen. Er fordert auf, eine allfällige Trägerschaft seitens der Privatwirtschaft abzuklären.

Herr Stefan Schneeberger kann auf die vorbereitenden Massnahmen hinweisen. Wie die konkrete Realisierung aussehen wird, ist noch offen. Denkbar erscheint ihm auch eine privatwirtschaftliche Organisation. Die heute bestehende Institution ‚Tigerente‘ ist in geeigneter Form zu überführen und zu stützen.

Frau Gemeinderätin Susanna Schmid bemerkt, dass der Ausgleich zwischen finanziell stärker und finanziell schwächer gestellten Elternteilen vorhanden sein muss, um eine Tagesstätte führen zu können. Die ‚Tigerente‘ hat bereits heute die Auflage, Kinder von sozial schwächeren Eltern zu betreuen. Das eine tun und das andere nicht lassen erachtet sie als wichtig, jedoch ist es illusorisch zu meinen, eine halbe Mio. Franken mit Mitgliederbeiträgen aufzutreiben zu können.

Herr Gemeinderat Marcus Sartorius macht auf Ziffer 3 im Bericht und Antrag aufmerksam. Im Rahmen der Jahresrechnung werden die Tarife überprüft und allenfalls angepasst.

Vorab wird über die Punkte 1 und 2 gemäss Beschlussesentwurf auf Seite 82 abgestimmt. Im Anschluss wird die Abschreibung der Motion der SP-Fraktion betr. Einführung einer Tagesschule (2001/20) beurteilt.

Schlussabstimmung

Mit 28 : 0 Stimmen fasst der Rat folgenden

Beschluss (1. Teil)

Der Grosse Gemeinderat von Steffisburg, gestützt auf

- den Antrag des Gemeinderates

beschliesst:

1. Vom Beschluss des Gemeinderates Nr. 135 vom 22. März 2004, Ziffern 1. - 6., betr. das Projekt „Tagesstätte“ sowie die Erweiterung der Angebote zur sozialen Integration gemäss Art. 71 des Sozialhilfegesetzes wird Kenntnis genommen.
2. Das Vorgehen des Gemeinderates wird im Sinne eines Grundsatzentscheides unterstützt. Der Grosse Gemeinderat ist bereit, später auf eine entsprechende Vorlage einzutreten.

Abstimmung über Abschreibung der Motion der SP-Fraktion betr. Einführung einer Tagesschule (2001/20)

Herr Gemeinderat Marcus Sartorius bestätigt, dass die Eröffnung einer Tagesschule soweit überprüft wurde und dementsprechend die vorliegende Motion abzuschreiben ist.

Frau Sandra Brenzikofer, Erstunterzeichnerin, erklärt sich mit der Abschreibung des vorliegenden Vorstosses einverstanden.

Einstimmig fasst der Rat folgenden

Beschluss (2. Teil)

3. Die Motion der SP-Fraktion betr. Einführung einer Tagesschule (2001/20) wird abgeschrieben.
4. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 30 Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.

An dieser Stelle wird die Sitzung von 18.25 bis 18.45 Uhr unterbrochen.

8. Hochbau/Planung; Neuerstellung Parkplätze am Walkeweg; Verpflichtungskredit von Fr. 245'000.00

Herr Gemeinderat Werner Jakob äussert sich wie folgt zum Geschäft: Die Kirchgemeinde Steffisburg beabsichtigt, ihr Grundstück Nr. 3'616 am Walkeweg zu verkaufen. Vor der Grundstückzuteilung an die interessierten Käufer erfolgte eine Grenzbereinigung. Vorgesehen ist die Erstellung von insgesamt 17 Parkplätzen an folgende Käufer: Einwohnergemeinde Steffisburg (Parkplätze 1 bis 9 und 15 bis 17), Peter Frey (Parkplätze 10 bis 12) und Stefan Schacke (Parkplätze 13 und 14). Die Kirchgemeinde selber meldet keinen Bedarf an. Die notwendige Dienstbarkeitsregelung liegt in einem verurkundungsfähigen Entwurf vor. Die Bewirtschaftung der Parkplätze wird der Sicherheitskommission übertragen. Der Gemeinderat unterstützt das Vorhaben, der Öffentlichkeit genügend Parkplätze an zentraler Lage zur Verfügung zu stellen. Davon soll unter anderem das Gewerbe profitieren. Der Gemeinderat bittet, dem erforderlichen Kredit von Fr. 245'000.00 zuzustimmen.

Stellungnahme GPK

Die Vizepräsidentin der GPK, Frau Bettina Joder Stüdle, gibt bekannt, dass für die GPK das Zusammenspannen von Gemeinde, Kirchgemeinde und Privaten grundsätzlich begrüsst wird. Die anfängliche Befürchtung, die Kirchgemeinde könnte mit dem Verkauf der Landparzelle für ihr Personal Gratisparkplätze gewinnen, hat sich nicht bestätigt. Die Kirchgemeinde verzichtet auf einen Benützungsanspruch. Die GPK stimmt dem Geschäft mit 5 : 0 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Eintreten

Herr Gerhard Meyer gibt im Namen der GVP das Eintreten bekannt. Die GVP wird dem Geschäft zustimmen. Nachdem seinerzeit Parkplätze (vornehmlich im Oberdorf) wegrationalisiert wurden, weist der heutige Antrag in die richtige Richtung. Es darf mit einer Belebung des Oberdorfs gerechnet werden, was sich wiederum positiv für die Geschäfte auswirken wird.

Herr Stefan Reber gibt das Eintreten der FDP-Fraktion bekannt. Der Zeitpunkt zur Realisierung der geplanten Parkplätze ist günstig. Nachdem die Landverhandlungen erfolgreich abgeschlossen werden konnten, steht dem Geschäft nichts entgegen.

Herr Peter Maurer teilt mit, dass auch die SP-Fraktion für ein nicht euphorisches Eintreten ist.

Detailberatung

Herr Markus Eggist, EVP, erkundigt sich, weshalb die Parkplätze nicht sofort bewirtschaftet werden, nachdem die nötigen Installationen bereits vorgesehen sind.

Herr Peter Maurer bittet die Sicherheitskommission, die öffentlichen Parkplätze von Anfang an ausschliesslich gebührenpflichtig zu bewirtschaften. Es darf nicht sein, dass die Parkplatzbewirtschaftung zu Lasten der Gemeinde geht. Die Fragestellung, wie stark sich die Gemeinde für die Bewirtschaftung engagieren muss, führte in der SP-Fraktion zu unterschiedlichen Meinungen. Die Fraktion wird das Geschäft nicht einstimmig genehmigen.

Frau Marianne Hassenstein wird dem Geschäft nicht zustimmen. Das Bedürfnis für die Parkplätze ist wohl da. Sie bedauert, dass ein weiteres, gut erschlossenes Stück Land (öffentliche Verkehrsmittel in unmittelbarer Nähe) in der Wohnzone zugepflastert wird. Zudem geht es hier um eine Privatangelegenheit zwischen den Anwohnern und der Kirchgemeinde. Die Gemeinde sollte hier keinen Anspruch auf die Erstellung von Parkplätzen erheben. Sofern der Grosse Gemeinderat dem Geschäft zustimmt, ist beim Bau der Parkplätze auf eine bodendurchlässige Bauweise zu achten.

Herr Werner Marti ist es ein Anliegen, die neuen Parkplätze während der Geschäftszeit ausschliesslich für Kunden der Geschäfte und Dorfbesucher zu reservieren. Es darf nicht passieren, dass die Plätze von Dauerparkierern missbraucht werden. Die zuständige Abteilung hat diesbezüglich eine wichtige Kontrollaufgabe.

Herr Rudolf Meyer ist froh über die geplanten Parkplätze. Gerade für die Belegung des Oberdorfs und für die Gewerbetreibenden ist es wichtig, den Kunden genügend Abstellfläche zur Verfügung zu stellen. Bedauerlicherweise wurden bereits im Voraus einige Parkplätze an Privatbenutzer abgegeben.

Herr Gemeinderat Werner Jakob weist darauf hin, dass gemäss Antrag die 12 Parkplätze als „Blaue Zone“ signalisiert werden. Somit kann einem Dauerparking vorgegriffen werden. Die weitere Bewirtschaftung obliegt anschliessend der Sicherheitskommission, welche entsprechende Massnahmen ergreifen kann. Im Leitbild der Gemeinde ist vorgesehen, öffentliche Parkplätze zur Verfügung zu stellen. Der Gemeinderat erachtet das vorgeschlagene Projekt als angemessen und verträglich.

Herr Gemeinderat Urs Hauenstein bestätigt, dass eine Bewirtschaftung gemäss Parkplatzreglement vorgesehen ist. Die Kompetenz zur Umsetzung liegt indessen bei der Sicherheitskommission.

Schlussabstimmung

Mit 28 : 1 Stimmen fasst der Rat folgenden

Beschluss

Der Grosse Gemeinderat von Steffisburg, gestützt auf

- Art. 51 Abs. 2 c der Gemeindeordnung vom 3. März 2002
- Antrag des Gemeinderates

beschliesst:

1. Für die Neuerstellung von Parkplätzen am Walkweg wird ein Verpflichtungskredit von Fr. 245'000.00 (inkl. MWST) bewilligt.
2. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 30 Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.

9. Tiefbau/Umwelt; Kanalisation Unterdorfstrasse mit Werkleitungersatz; Verpflichtungskredit von Fr. 1'045'000.00

Herr Gemeinderat Paul Zbinden informiert wie folgt über das Geschäft: Im Wesentlichen kann auf die Sitzungsunterlagen und die im Ratssaal ausgestellten Pläne verwiesen werden. Bei der Unterdorfstrasse handelt es sich um eine Kantonsstrasse. Das heisst, der Kanton beteiligt sich finanziell an den anfallenden Kosten. Die Gemeinde ist nun gefordert, die notwendigen Arbeiten zur Strassensanierung in die Wege zu leiten. Erneuert werden insbesondere die Werkleitungen. Die Ausführung der Arbeiten erfolgt in Koordination mit der NetZulg AG und der Energie Thun AG. Wichtig ist auch eine erträgliche Verkehrslenkung während den Bauarbeiten. Je nach Situation bestünde die Möglichkeit, die Ziegeleistrasse/Erlenstrasse einzubeziehen, d.h. den Verkehr stadteinwärts über dieses Gebiet laufen zu lassen. Es ist unumgänglich, dass eine solche Massnahme für die betroffenen Anwohner zu gewissen Beeinträchtigungen führt. Es ist deshalb vorgesehen, mit den Anwohnern entsprechende Verhandlungen zu führen. Das weitere Vorgehen kann ebenfalls den Unterlagen entnommen werden. Der Gemeinderat ersucht den Grossen Gemeinderat, das Geschäft gemäss Beschlussesentwurf zu genehmigen.

Stellungnahme der GPK

Ohne weitere Bemerkungen beantragt Frau Bettina Joder Stüdle dem Kredit von Fr. 1'045.00.00 zuzustimmen. Die GPK stimmte dem Geschäft einstimmig zu.

Eintreten

Keine Wortmeldungen.

Detailberatung

Herr Gerhard Meyer erkundigt sich, ob im Bereich des Gschwend-Areals bereits ein Leitungersatz eingeplant ist, nicht dass nach kurzer Zeit wiederum die Strasse aufgerissen werden muss.

Herr Gemeinderat Paul Zbinden bestätigt, dass künftige Sanierungsarbeiten im Projekt eingeplant sind.

Frau Elisabeth Schwarz ist dankbar, wenn während den Sanierungsarbeiten auf eine zumutbare Verkehrsführung, insbesondere für die Gewerbetreibenden, geachtet wird. Sie regt an, über Radio DRS jeweils am Morgen auf die erschwerte Durchfahrt hinzuweisen.

Schlussabstimmung

Einstimmig fasst der Rat folgenden

Beschluss

Der Grosse Gemeinderat von Steffisburg, gestützt auf

- Art. 51 Abs. 2 c der Gemeindeordnung vom 3. März 2002
- Antrag des Gemeinderates

beschliesst:

1. Für die Sanierung der Kanalisation Unterdorfstrasse wird ein Verpflichtungskredit von Fr. 1'045'000.00 (inkl. MWST) bewilligt.
2. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 30 Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.

10. Tiefbau/Umwelt; Bachsanierung und Neuanlage Fussweg Krebsengraben; Nachkredit von Fr. 57'000.00 zum Verpflichtungskredit von Fr. 350'000.00

Herr Gemeinderat Paul Zbinden informiert wie folgt: Es kann auf die Vorgeschichte verwiesen werden. Am 22. August 2003 wurde das Geschäft letztmals im GGR verhandelt. Der Gemeinderat beantragte damals einen Nachkredit von Fr. 10'000.00, um die Sanierung abschliessen zu können (Variante ohne Fussweg und Brücke). Der Grosse Gemeinderat beauftragte jedoch den Gemeinderat, eine weitere Variante mit einer kostengünstigeren Brücke vorzulegen. Der Gemeinderat schlägt heute als Variante die Fertigstellung des Fussweges mit einer Holzbrücke vor. Der dafür notwendige Nachkredit beträgt Fr. 57'000.00. Anhand der präsentierten Folien ist ersichtlich, wie sich die Kosten für den Fussweg und die Brücke zusammensetzen. Inbegriffen sind Baustelleneinrichtung, Widerlager, Erdarbeiten, Fusswegoberfläche, die Entwässerung sowie der Steg. Eine Umfrage des Flühli-Leistes zeigt, dass die dortige Bevölkerung keinen weiteren Ausbau wünscht. Es obliegt nun dem Grossen Gemeinderat darüber zu befinden, ob ein Ausbau gemäss seinem Auftrag vom 22. August 2003 vorgenommen oder ob darauf verzichtet werden soll. Sollte dies der Fall sein, wird ein Kredit von Fr. 10'000.00 benötigt, um die Arbeiten abzuschliessen. Gleichzeitig würde das Vorhaben aus der Planung gestrichen.

Stellungnahme GPK

Frau Bettina Joder Stüdle legt dar, Ausgangslage zur Diskussion in der GPK sei die Umfrage des Flühli-Leistes gewesen, wonach eine grosse Anzahl Bewohner den Ausbau des Krebsengrabens mit Brücke nicht will. Im Wissen um die knappen Gemeindefinanzen unterstützen 4 GPK-Mitglieder Variante 4 (vollständiger Verzicht auf die Fertigstellung). 1 Mitglied der GPK schliesst sich der Variante des Gemeinderates an (Sanierung und Neuanlage Fussweg mit Erstellung Holzbrücke).

Eintreten

Frau Elisabeth Schwarz erklärt in Namen der SVP das Eintreten. Die Fraktion beantragt, auf einen weiteren Ausbau zu verzichten, da dieser von der Bevölkerung nicht gewünscht wird.

Frau Kathrin Gfeller erklärt, dass die SP-Fraktion für Eintreten ist und sich mehrheitlich für die Variante mit der Holzbrücke ausspricht. Begründung: In das Projekt wurde in der Ver-

gangenheit bereits viel Zeit und Geld investiert. Deshalb sollte im Zusammenhang mit der Bachverbauung die Wegsanierung zu Ende geführt werden. Gerade in unserer hektischen Zeit suchen die Menschen vermehrt Zugang zur Natur. Mit der Realisierung eines Wegs mit Brücke bestünde nun Gelegenheit, der Bevölkerung ein schönes Stück Natur zugänglich zu machen. In diesem Zusammenhang kann auch auf das geltende Leitbild verwiesen werden, wonach „Naherholungsgebiete und wertvolle Lebensräume erhalten und gepflegt werden“.

Herr Rudolf Meyer stellt fest, dass die vom Gemeinderat vorgeschlagene Variante nicht viel anders aussieht als in der Vergangenheit, nur dass erneut viel Geld für Planungskosten und Verwaltungsaufwand ausgegeben wurde. In den vergangenen Jahren haben sich für die Flühlibewohner die Zugangsverhältnisse ins Dorf stark verbessert, so dass sie heute auf einen weiteren Ausbau verzichten. Zudem haben die direkt betroffenen Anwohner Bedenken bezüglich Verunreinigung durch frei laufende Hunde geäußert. Im Weiteren kann einem Ausbau auch aus finanziellen Überlegungen nicht zugestimmt werden. Die GVP wird die Variante 4 unterstützen.

Herr Marcel Schenk gibt zu bedenken, dass die Wegverbindung nicht ausschliesslich für die Flühli-Bewohner erstellt wird. Von der Verbindung sollen auch Wanderer und Spaziergänger profitieren. Es ist verständlich, wenn davon nicht alle Anstösser begeistert sind. Trotzdem sind die Interessen der Allgemeinheit solchen Befindlichkeiten überzuordnen. Wenn die bereits investierten Fr. 350'000.00 berücksichtigt werden, scheint es richtig, das Geschäft sauber abzuschliessen und den Fussweg mit Holzbrücke zu realisieren.

Herr Markus Enggist weist darauf hin, dass die Weiterführung des Weges zusätzlich Geld kosten wird. Auch aus Gründen der Verkehrssicherheit ist die Weiterführung ein Problem, welches nicht unterschätzt werden darf.

Frau Marianne Hassenstein plädiert für eine Fertigstellung gemäss Antrag des Gemeinderates. Es erscheint ihr äusserst fragwürdig, einem beträchtlichen Kredit für Parkplätze zuzustimmen, andererseits aber keine Mittel für die Aufwertung eines einzigartigen Naturgebiets freizumachen. Der Grosse Gemeinderat sollte die Gelegenheit nicht versäumen und dem Antrag des Gemeinderates folgen.

Herr Hanspeter Mühlethaler gibt zu bedenken, dass es sich bei der vom Gemeinderat vorgeschlagenen Variante um einen kostengünstigen Vorschlag handelt, welcher im Auftrag des Grossen Gemeinderates zustande kam. Der Rat sollte jetzt konsequent sein und dem Kredit zustimmen. Zudem ist die Umfrage des Flühli-Leistes mit Vorsicht zu geniessen; die Flühlibewohner haben schon ganz anders über das Projekt gesprochen.

Herr Renato Tognina stört, dass private Interessen über jene der Öffentlichkeit gestellt werden sollen. Er setzt sich dafür ein, das Gebiet den Fussgängern in geeigneter Weise zugänglich zu machen.

Frau Bettina Joder Stüdle fragt, ob der Weg neben dem Bach ohne weitere Sanierung für Fussgänger nicht mehr passierbar sei.

Herr Gemeinderat Paul Zbinden erklärt, das Gelände werde ohne fussgängertaugliche Instandstellung im heutigen Zustand belassen; der Weg ist befahrbar.

Herr Uli Fuhrmann weist auf die vielen gut ausgebauten Wanderwege im Gemeindegebiet hin. Die Fraktion sieht keinen Grund, für teures Geld einen weiteren Weg zu erstellen. Die EDU wird sich für die Variante 4 entscheiden.

Herr Gerhard Meyer bittet, auf den Weg mit Brücke zu verzichten und den Wunsch der betroffenen Anwohner zu respektieren, welche sich ganz klar gegen den Ausbau entschieden

haben. Zudem dürfen die Folgekosten nicht unterschätzt werden, welche mit der Erstellung des Fussweges mit Sicherheit entstehen würden.

Frau Elisabeth Schwarz erachtet es als die beste Lösung, wenn im fraglichen Gebiet die Natur sich selber überlassen wird. Über das Geschäft wird seit Jahren diskutiert, ohne eine einvernehmliche Lösung zu finden. Dieser Situation ist heute ein Ende zu setzen. Nicht zuletzt aus finanziellen Überlegungen, sind doch die Folgekosten für den Wegunterhalt nicht unwesentlich.

Herr Gemeinderat Paul Zbinden gibt zu bedenken, dass private Wünsche und Befindlichkeiten den Interessen der Allgemeinheit unterzuordnen sind. Dieses Prinzip gilt es aufrechtzuerhalten, wenn Lösungen für die Zukunft erzielt werden sollen.

Detailberatung

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung über den Antrag der SVP-Fraktion, Variante 4 anzunehmen (vollständiger Verzicht auf die Fertigstellung der Fussweganlage mit Entlassung von Punkt 6.11 aus dem Massnahmenplan zum Verkehrsrichtplan; Genehmigung eines Nachkredits von Fr. 10'000.00)

Mit 21 : 9 Stimmen fasst der Rat folgenden

Beschluss

Der Grosse Gemeinderat von Steffisburg, gestützt auf

- Art. 20 der Gemeindeordnung vom 3. März 2002

beschliesst:

1. Für die Fertigstellung des Projektes „Bachsanieierung **ohne** Neuanlage Fussweg Krebsengraben“ wird ein Nachkredit von **Fr. 10'000.00** zum bestehenden Verpflichtungskredit des Grossen Gemeinderates von Fr. 350'000.00 bewilligt. Der Gesamtkredit beträgt somit **Fr. 360'000.00**.
2. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 30 Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.

11. Energie und Wasser; Werkleitungersatz Erlenstrasse; Kreditabrechnung; Kenntnisnahme

Herr Gemeinderat Paul Zbinden weist darauf hin, das Geschäft sei in den Bereich der Netz-Zug AG übergegangen. Der Gemeinderat beantragt dem Grossen Gemeinderat, von der vorliegenden Kreditabrechnung Kenntnis zu nehmen.

Stellungnahme der GPK

Frau Bettina Joder Stüdle gibt bekannt, die GPK habe einstimmig ohne Bemerkungen von der Kreditabrechnung Kenntnis genommen.

Ohne weitere Bemerkungen nimmt der Grosse Gemeinderat von der Kreditabrechnung „Werkleitungersatz Erlenstrasse“ Kenntnis.

12. Parlamentarische Vorstösse

12.1 Motion der SP-Fraktion betr. Pausenplätze sind keine Parkplätze (2003/23); Behandlung

Herr Gemeinderat Urs Hauenstein verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Abteilungen Sicherheit, Bildung und Hochbau/Planung. Er hat keine weiteren Bemerkungen anzubringen.

Der Erstunterzeichner, Herr Marcel Schenk, ist von der Antwort nicht befriedigt. In der Motion ging es vor allem um die Frage, wem die Pausenplätze zur Verfügung stehen. Der vorliegende Bericht des Gemeinderates zeigt auf, dass diesbezüglich verschiedene offene Fragen bestehen, welche in absehbarer Zeit einer Lösung bedürfen. Es geht nicht darum, das Parkieren grundsätzlich auszuschliessen. Sofern es grosse Anlässe erfordern und schulfrei ist, können Pausenplätze ohne Weiteres zum Parkieren benutzt werden. Es sollte auch möglich sein, für die Lehrerschaft spezielle Parkmöglichkeiten auszuschneiden. Wichtig ist, dass die Pausenplätze während dem Schulbetrieb ausschliesslich den Schülerinnen und Schülern zur Verfügung stehen. An der Motion wird festgehalten, weil davon ausgegangen werden kann, das Problem sei mit geeigneten Mitteln zu lösen.

Abstimmung über den Antrag des Gemeinderates, die Motion abzulehnen gegenüber dem Antrag des Erstunterzeichners, Marcel Schenk, die Motion zu überweisen

Mit 19 : 9 Stimmen wird der Antrag des Gemeinderates abgelehnt und die Motion überwiesen.

12.2 Dringliche Motion der FDP-Fraktion betr. Reorganisation der Sozialdienste Zulg (2004/01); Behandlung

Frau Gemeinderätin Susanna Schmid verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Abteilung Soziales. Die Abteilung Soziales steht vor der Umsetzung des neuen Sozialhilfegesetzes. Es ist wichtig, die Erneuerungen auf allen Ebenen korrekt auszuführen. Diese Arbeit ist sehr intensiv, weshalb der Gemeinderat einem auswärtigen Coaching zugestimmt. Die Motion kann aus folgendem Grund nicht angenommen werden: Ein Mitglied des Grossen Gemeinderates kann nur eine Motion zu einem Geschäft einreichen, welches in der Zuständigkeit der Stimmberechtigten oder des GGR liegt. Das vorliegende Geschäft gehört jedoch in die Kompetenz des Gemeinderates. Der GGR hat die Möglichkeit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und abzuschreiben, da in der Zwischenzeit bereits eine erste Sitzung mit dem externen Projektbegleiter stattgefunden hat.

Der Erstunterzeichner, Herr Stefan Schneeberger, ist froh, dass der Gemeinderat in so kurzer Zeit eine zweckmässige Lösung zur Begleitung des Projekts gefunden hat. Mit dieser Unterstützung und der Motivation der Abteilung Soziales steht einer optimalen Umsetzung des neuen Sozialhilfegesetzes nichts mehr im Weg. Der Zweck ist erfüllt und die Motion kann in ein Postulat umgewandelt werden.

Abstimmung über die Umwandlung der Motion in ein Postulat mit gleichzeitiger Abschreibung

Einstimmig wird die Umwandlung in ein Postulat genehmigt und der Vorstoss als erledigt abgeschrieben.

12.3 Motion der SVP-Fraktion betr. 5 anstatt 7 Gemeinderäte (2004/02); Behandlung

Herr Gemeindepräsident Hans Rudolf Feller äussert sich dahingehend, dass tatsächlich dereinst die Möglichkeit besteht, den Gemeinderat auf 5 Mitglieder zu verkleinern. Ebenso gut kann es aber sein, dass vom Gemeinderat nie ein solcher Vorschlag kommt. Über das Thema wurde bereits vor Jahren, im Vorfeld der neuen Gemeindeordnung, diskutiert und damals kamen sowohl der Gemeinderat wie der Grosse Gemeinderat zum Schluss, 7 Mitglieder seien für unsere Gemeinde und Verhältnisse die richtige Lösung. In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass es die Bürger kaum interessiert, ob ein Gemeinderat aus 5 oder 7 Mitgliedern zusammengesetzt ist. Mit einer Verkleinerung des Gemeinderates werden zudem nicht automatisch Kosten gespart. Es bestehen auch keine allgemein gültigen Regeln, wie viele Mitglieder ein Gemeinderat haben muss. Die Zahlen liegen zwischen 3 bis 15 Mitglieder. In unserer Region haben die Gemeinden vorwiegend einen Gemeinderat von 7 bis 9 Mitgliedern. Nur einzelne Gemeinden haben die Anzahl nach unten korrigiert. Die Motion wird damit begründet, dass zwei Verantwortungsbereiche wegfielen und kleinere Strukturen im Trend sind. Für den Gemeinderat geht diese Begründung zu wenig tief auf das Problem ein. Es ist nicht eine Frage der Anzahl Mitglieder, sondern welche Aufgaben ein Rat zu erfüllen hat. Das heisst, nicht die Strukturen, sondern die Erfüllung der Gemeindeaufgaben stehen im Vordergrund. Der Gemeinderat befasst sich dauernd mit Fragen betreffend Aufgaben, Kompetenzen, Verantwortung und Strukturen. Daraus kann allenfalls eine Reduktion der Mitglieder hervorgehen. Ebenso ist aber möglich, an der bisherigen Zahl festzuhalten oder ganz andere, zukunftsgerichtete Modelle zu prüfen. Der Gemeinderat beantragt aus diesen Überlegungen, die Motion abzulehnen.

Der Fraktionschef, Herr Hansueli Grossniklaus, zeigt sich von der Antwort des Gemeinderates enttäuscht. Der SVP ging es nicht vorwiegend um die Einsparung von Kosten, sondern um eine Steigerung der Effizienz. Es ist klar, dass eine Reduktion zusammen mit der Reorganisation und Anpassung der Verwaltungsstrukturen geprüft werden muss. Da sich jedoch der Gemeinderat mit dem Thema befasst und daran arbeitet, kann die Motion in ein Postulat umgewandelt werden.

Herr Marcel Schenk erklärt, dass die SP sowohl die Motion als auch ein Postulat ablehnt. Für die SP stehen nicht die Strukturen und die Effizienz im Vordergrund, sondern die politische Ausgewogenheit des Gemeinderates. Es ist wichtig, dass alle in der Gemeinde vertretenen Parteien die Möglichkeit haben, vertreten zu sein. Es ist auch fraglich, ob mit einer Reduktion tatsächlich Kosten eingespart werden können.

Frau Isabelle Bühler berichtet, dass die FDP-Fraktion der Motion nicht zustimmen kann. Man möchte der Gesamtorganisation damit nicht bereits heute vorgreifen. Die FDP ist im Weiteren der Meinung, dass eine Reduktion auf 5 Mitglieder mit den heutigen Verwaltungsstrukturen keine Verbesserung bringt. Es gibt andere Möglichkeiten, die Strukturen und Arbeitsabläufe zu verbessern. Die FDP kann aber der Umwandlung in ein Postulat zustimmen.

Herr Rudolf Meyer findet, dass mit der Ausgliederung von verschiedenen Bereichen (Energie und Wasser, Feuerwehr, Polizei) die Frage nach einer Reduktion berechtigt

ist. Die GVP ist zum Schluss gekommen, dass mit diesen Ausgliederungen der Gemeinderat mit rund 50 Stellenprozenten überdotiert ist. Eine Überprüfung der Stellenprozentage ist angebracht und im Postulat als Aufgabe aufzunehmen.

Abstimmung über den Antrag, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und zu überweisen

Mit 17 : 12 Stimmen wird der Antrag um Umwandlung in ein Postulat angenommen und der Vorstoss überwiesen.

12.4 Postulat der FDP-Fraktion betr. Sozialzeitausweis (2003/21); Behandlung / Abschreibung

Herr Gemeindepräsident Hans Rudolf Feller verweist auf den Antrag, die Motion anzunehmen und gleichzeitig abzuschreiben. Der Gemeinderat erachtet den Prüfungsantrag als erfüllt und von einem Engagement in dieser Frage ist abzusehen. Aus Sicht des Gemeinderates handelt es sich hierbei um ein Gebiet, für welches das Gemeinwesen nicht zuständig ist. Vielmehr betrifft es ein Tätigkeitsgebiet, welches sich auf privater Basis entwickeln soll. Entsprechende Hinweise sind in diesem Zusammenhang auch in Internet ersichtlich.

Frau Isabelle Bühler erklärt, die FDP-Fraktion möchte mit dem Postulat keinesfalls Kosten auslösen. Es geht darum, mit kleinem Aufwand die wichtige und immer noch zu wenig bewusste Freiwilligenarbeit zu unterstützen. Dank dieser ehrenamtlichen Tätigkeit können viele öffentliche Kosten eingespart werden. Mit einem Zeitausweis soll die Arbeit jener Mitmenschen anerkannt werden, die sich für das Gemeinwohl einsetzen, was in der heutigen Gesellschaft immer seltener wird. Mit dem Auflegen und Bekanntmachen des Sozialzeitausweises bei der Gemeindeverwaltung wäre das Anliegen der Motion erfüllt. Im Übrigen haben nach wie vor längst nicht alle Personen Zugang zum Internet.

Herr Gemeindepräsident Hans Rudolf Feller betont, der Gemeinderat möchte auf ein weiteres Engagement verzichten und die Initiative den privaten Organisationen überlassen. Auf irgendeine Weise ist es heute jedermann möglich, entsprechende Informationen übers Internet zu bekommen.

Herr Thomas Schweizer legt dar, in einem demokratischen Staat habe die Freiwilligenarbeit grosse Bedeutung. Im seinerzeitigen UNO-Jahr der Freiwilligenarbeit wurde der Sozialzeitausweis eingeführt mit der Absicht, die ehrenamtliche Arbeit zu würdigen und zu unterstützen. Vor allem Frauen, welche sich beruflich verbessern möchten und Jugendliche, die sich z.B. als Jungschar- oder Pfadileiter betätigen, beanspruchen den Sozialzeitausweis. Diese Gruppen sollten Gelegenheit haben, ohne grossen Aufwand den Ausweis zu erhalten. Der Gemeinde sollte es ein Anliegen sein, mit dem Auflegen des Zeitausweises die Freiwilligenarbeit zu fördern und zu anerkennen. Das Postulat sollte in diesem Sinn angenommen und nicht abgeschrieben werden.

Herr Marcel Schenk teilt mit, dass die SP-Fraktion das Postulat unterstützt.

Abstimmung über die Annahme des Postulats

Mit 29 : 1 Stimmen wird das Postulat angenommen.

Abstimmung über die Abschreibung des Postulats

Mit 23 : 7 Stimmen wird die Abschreibung des Postulats gemäss Antrag des Gemeinderates abgelehnt.

12.5 Motion der EVP-Fraktion betr. Massnahmen gegen zusätzliches Verkehrsaufkommen im Schwäbis (1996/01); Abschreibung

Herr Gemeinderat Werner Jakob macht dem Rat beliebt, dem Antrag des Gemeinderates zu folgen.

Herr Hanspeter Mühlethaler erklärt sich im Namen der EVP-Fraktion mit der Abschreibung der Motion einverstanden.

Abstimmung

Einstimmig wird die Motion als erfüllt abgeschrieben.

12.6 Postulat der SVP-Fraktion betr. Kulturbühne Mosergut (2001/16); Abschreibung

Herr Gemeinderat Werner Jakob weist darauf hin, mit der begonnenen Entwicklung im Zusammenhang mit der Sanierung des Höchhus werde dem Anliegen nach Raum für kulturelle Veranstaltungen Rechnung getragen. Dem Grossen Gemeinderat wird empfohlen, die Motion abzuschreiben.

Abstimmung

Einstimmig wird die Motion abgeschrieben.

12.7 Postulat der FDP-Fraktion betr. Linksabbiegeverbot Höchhusweg (2003/22); Abschreibung

Herr Gemeinderat Urs Hauenstein erklärt, die Sicherheitskommission habe sich eingehend mit dem Linksabbiegeverbot beschäftigt. Ein Linksabbiegeverbot scheint unnötig; die Verkehrsteilnehmer sind aufgerufen, die Situation selber einzuschätzen, indem sie bei starkem Verkehr rechts den Kreisel durchqueren und bei wenig oder keinem Verkehr direkt links abbiegen. Die Sicherheitskommission bittet, die Situation nach Verkehrsaufkommen und mit Vernunft zu beurteilen und je Situation entweder nach rechts oder links abzubiegen.

Abstimmung

Einstimmig wird die Motion als erfüllt abgeschrieben.

13. Neue parlamentarische Vorstösse; Bekanntgabe und Begründung

13.1 Dringliche Motion der SP-Fraktion betr. Beitritt zum Berner Energieabkommen (2004/03)

Begehren

„Der Gemeinderat von Steffisburg wird beauftragt, im Rahmen der Ortsplanung die entsprechenden Schritte einzuleiten

- um dem Berner Energieabkommen beizutreten und
- für Steffisburg einen Energierichtplan zu erstellen.

Begründung

Mit dem Berner Energieabkommen erfüllt der Kanton den Auftrag des kantonalen Richtplans, Energieeffizienz und erneuerbare Energie zu fördern sowie die Energieversorgung zu einem festen Bestandteil der Raum- und Ortsplanung zu machen. Er bietet damit die vorgesehenen Leistungsvereinbarungen mit den energierelevanten Gemeinden an. Steffisburg gehört gemäss kantonalem Richtplan auch zu den energierelevanten Gemeinden, bei denen Handlungsbedarf besteht.

Die NetZulg AG, ehemals EWW Steffisburg, hat bereits Pionierleistungen erbracht (Fernwärme, Solarbörse) und einen wichtigen Grundstein gelegt.

Mit dem Abkommen, das die Gemeinde mit dem Kanton abschliesst, verpflichtet sich der Kanton, Leistungen in Form von Know-how, Planungswerkzeugen, fachlicher und organisatorischer Projektbegleitung und finanziellen Beiträgen zur Verfügung zu stellen. Investitionen zum Beispiel in Anlagen zur Nutzung von erneuerbaren Energien fördern die lokale Wertschöpfung (wichtig insbesondere für Randregionen), sichert und schafft Arbeitsplätze in der Region und trägt zum Aufbau eines Experten-Know-hows und zur Stärkung der Innovationskraft des einheimischen Gewerbes bei. Zwölf Jahre aktive Energiepolitik des Kantons Bern hat private Investitionen von Fr. 1,4 Mia. ausgelöst und Arbeitsplätze in der Grössenordnung von 400 Jahresstellen geschaffen.

Nutzen die Gemeinden und Regionen ihre eigenen regenerierbaren Energievorkommen, profitiert die heimische Volkswirtschaft nicht nur von eingesparten Kosten für Energieimporte und CO₂-Abgaben, sondern von neuem Mehrwert und der Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

Nachbargemeinden von Steffisburg haben entsprechende Schritte schon getätigt. So hat sich Thun schon vor Jahren ein Energiekonzept gegeben, das nun entsprechend überarbeitet wird und Spiez hat sogar beschlossen, das Label ‚Energistadt‘ zu erlangen. Bereits zertifiziert sind Interlaken, Bern, Ostermundigen, Köniz, Zollikofen, Münsingen, Burgdorf, Langenthal, Schönbühl, Wohlen, Lyss u.a.m.

Die SP ist davon überzeugt, dass das Berner Energieabkommen zukunftsweisend ist, Steffisburg damit attraktiver wird und einen Standortvorteil bekommt.“

Frau Bettina Joder Stüdle, Erstunterzeichnerin, bittet die Ratsmitglieder der Dringlichkeit zuzustimmen. Die Behandlung kann jedoch auf die nächste GGR-Sitzung vertagt werden. Die Motion kam aus der Klausurtagung der SP-Fraktion zustande. Allenfalls hat der Gemeinderat die Möglichkeit, bis zur Behandlung im Juni zum Berner Ener-

gieabkommen und zum Energierichtplan entsprechende Fachleute zur Meinungsbildung beizuziehen. Die Dringlichkeit ist nötig, weil das Geschäft im Rahmen der Ortsplanung zu behandeln ist.

Herr Gemeindepräsident Hans Rudolf Feller sieht die Dringlichkeit nicht ein. Der Fahrplan der Ortsplanung macht die Dringlichkeit nicht nötig. Das Geschäft verlangt zudem umfangreiche Abklärungen (Kostenfolge, Kompetenzfrage, Zuständigkeitsbereich Gemeinderat). Dem Rat wird empfohlen, die Motion als nicht dringlich anzunehmen und dem Gemeinderat bis zur Sitzung im August Zeit für eine fundierte Aussage zu geben.

Frau Bettina Joder Stüdle geht davon aus, die Motion sei ein Instrument, dem Gemeinderat einen Auftrag zu erteilen. Im Vertrauen auf die Behandlung im August wird die Dringlichkeit zurückgezogen.

Herr Gemeindepräsident Hans Rudolf Feller zitiert Art. 46 der Gemeindeordnung, in welchem die Zuständigkeiten umschrieben sind. Handelt es sich um ein Geschäft in der Kompetenz des Gemeinderates, kann der GGR keine Motion stellen.

Herr Marcel Schenk würde begrüssen, bei Gelegenheit wieder einmal über die Auslegung der Zuständigkeiten Grosser Gemeinderat/Gemeinderat aufgeklärt zu werden.

13.2 Motion der SP-Fraktion betr. Trottoirabsenkungen bei Fussgängerstreifen und anderen Fussgängerquerungen in der Gemeinde Steffisburg (2004/04)

Begehren

Der Gemeinderat wird beauftragt dafür zu sorgen, dass bei allen Fussgängerstreifen und -querungen auf Gemeindestrassen die Trottoirränder abgesenkt werden. Bei den Fussgängerstreifen und -querungen auf Kantonsstrassen soll vom Kanton verlangt werden, dass die Trottoirränder abgesenkt werden.

Begründung

- RollstuhlfahrerInnen müssen zum Teil sehr hohe Hindernisse überwinden, um auf ein Trottoir zu gelangen. Dies führt in unserer Gemeinde immer wieder zu unfallgefährlichen Situationen im Strassenverkehr.
- Das vom Gemeinderat beschlossene Gemeindeleitbild sieht unter D5 vor, dass Steffisburg eine kinder- und jugendfreundliche sowie behindertengerechte Ausgestaltung der öffentlichen und privaten Räume anstrebt. Zu einer behindertengerechten Ausgestaltung der öffentlichen Räume gehört nach Ansicht der SP auch die Beseitigung von künstlichen Hindernissen für ältere und behinderte Menschen.
- Im Rahmen des Berichtes zur Alterspolitik im Kanton Bern, welcher zur Zeit in der Vernehmlassung ist, wird im Themenbereich ‚Altersgerechte Wohnumgebung‘ das Absenken von Trottoirs als dringende Forderung aufgeführt. Es ist davon auszugehen, dass es auch in Steffisburg je länger je mehr ältere und mobilitätsbehinderte Menschen gibt, die darauf angewiesen sind, dass ihnen keine zusätzlichen Hindernisse in den Weg gelegt und bestehende abgebaut werden.

- Auch Eltern mit Kinderwagen sind sicher froh, wenn beim Spazieren in unserer Gemeinde nicht bei jeder Strassenquerung hohe Hindernisse überwunden werden müssen.

Die SP ist der Ansicht, dass durch Trottoirabsenkungen sehr viel für eine gute und risikoarme Mobilität in der Gemeinde Steffisburg gemacht werden kann.“

Herr Marcel Schenk, Erstunterzeichner, hat keine weiteren Bemerkungen.

13.3 Motion der FDP-Fraktion betr. Familienleitbild Steffisburg (2004/05)

Begehren

„Der Gemeinderat wird beauftragt, eine nicht ständige Kommission einzusetzen, die für Steffisburg ein Familienleitbild erarbeitet.

Begründung

In Steffisburg leben viele Familien und die FDP ist bestrebt, ihnen die bestmöglichen Lebensbedingungen und Unterstützungen für ihre wichtige gesellschaftliche Aufgabe zu bieten. Die gesellschaftlichen Verhältnisse haben sich in den letzten Jahrzehnten wesentlich geändert und dies ist für die heutigen Familien vielfach eine grosse Herausforderung. Die Gemeinde engagiert sich bereits in diversen Bereichen für die Familien und setzt auch finanzielle Mittel dafür ein. Um alle diese Aktivitäten zu koordinieren und auch neue oder zukünftige Aspekte oder Aufgaben zu planen, ist es sinnvoll, ein Familienleitbild zu erstellen.“

Frau Isabelle Bühler, Erstunterzeichnerin, informiert, die Motion sei im Zusammenhang mit der Prüfung der erweiterten Tagesstätte entstanden. Mit einem Familienleitbild besteht die Möglichkeit, das ganze Thema zusammenzufassen.

13.4 Postulat der FDP-Fraktion betr. Gemeindedirektor für Steffisburg (2004/06)

Begehren

„Der Gemeinderat wird beauftragt, im Rahmen der Reorganisation der Aufgaben, Strukturen und Abläufe in der Gemeindeführung die Anstellung eines Gemeindedirektors zu prüfen, der die Leitung der Gemeindeverwaltung und somit die operative Führung der Gemeinde Steffisburg übernimmt.

Begründung

- Jede Firma mit verschiedenen Abteilungen hat einen ‚Direktor‘ für die operative Führung; der Verwaltungsrat ist für die strategische Führung zuständig.
- Der Gemeinderat, vor allem der Gemeindepräsident, könnte sich so besser auf seine strategischen Aufgaben konzentrieren.
- Die Kommunikation und die Koordination unter den Abteilungen wird optimiert.
- Die Kommunikation gegen aussen wird vereinheitlicht und verbessert.“

Die Erstunterzeichnerin, Frau Isabelle Bühler, weist darauf hin, dass es bereits verschiedene Gemeinden gibt, welche das Gemeindedirektorenamt kennen.

13.5 Postulat der FDP-Fraktion betr. Logopädie in Steffisburg (2004/07)

Begehren

„Der Gemeinderat wird beauftragt, die Situation des Logopädieunterrichts in der Gemeinde Steffisburg zu prüfen.

Begründung

Die Situation des Logopädieunterrichts ist auf Grund personeller Knappheit sehr unbefriedigend. Kinder erhalten keinen oder nur einen ungenügenden regelmässigen Therapieunterricht. Das zwingt die Eltern, in Nachbargemeinden, oder gar bis nach Bern reisen zu müssen, um diese Therapie zu erhalten.“

Herr Stefan Reber, Erstunterzeichner, hat keine weiteren Bemerkungen.

13.6 Interpellation der SP-Fraktion betr. Folgekosten Feuerwehrmagazin „FeuerWerk“ (2004/08)

Ausgangslage

„Bekanntlich hat die Feuerwehr Steffisburg vor, ein neues Feuerwehrmagazin zu bauen. Es ist einerseits verständlich, dass nach Jahren Lust auf Neues entsteht und dass dazu auch die nötigen Kapitalien bereits gesammelt wurden. Andererseits ist in der schwierigen finanziellen Situation der Gemeinde jede Investition gemäss Botschaft der Gemeinderechnung 2003 genauestens zu prüfen und ‚Notwendiges‘ von ‚Wünschbarem‘ zu unterscheiden. Die Feuerwehr bzw. die Wehrdienste wurden in den letzten Jahren kräftig ausgebaut und sind sehr schlagkräftig geworden. Ein eindrückliches Beispiel dafür erhielt die Steffisburger Bevölkerung letzten Sommer.

Für die Gemeinde Steffisburg ist das Projekt von nicht zu unterschätzender Bedeutung, hat es doch direkte finanzielle Folgen für den Gemeindehaushalt, in dem es den Bau eines neuen Werkhofs nach sich zieht. Die Standortfrage dieser Bauten ist mit der vorschwebenden Lösung nicht optimal.

Fragen

Der Gemeinderat wird beauftragt, folgende Fragen zu beantworten:

1. Entsprechen die Ausbaupläne der Feuerwehr einer Notwendigkeit oder sind sie unter ‚Wünschbarem‘ zu klassieren? Konkret heisst das, wird damit die Schlagkräftigkeit der Wehrdienste entscheidend verbessert?
2. Ohne den Kommandanten des Wehrdienstes ihre Kompetenz absprechen zu wollen, besteht eine Untersuchung einer unabhängigen Stelle über die Notwendigkeit dieser nicht indifferenten Investition?

3. Kann man, falls das Projekt bis zum Vorliegen einer besseren verkehrstechnischen Lösung zurückgestellt wird, davon ausgehen, dass die Wehrdienste in der Ausübung ihrer Tätigkeit in ausschlaggebender Art behindert werden?
4. Sind von den Neubauten echte Kostenersparnisse durch rationellere Arbeitsweise zu erwarten?
5. Der Neubau des Wehrdienstmagazins hat direkte Auswirkungen auf den Werkhof der Gemeinde. Welche Investitionen löst das aus? Wie sind diese im Investitionsplan eingesetzt? Ergeben sich Verschiebungen?
6. Wie wird die Finanzlage der Gemeinde als Folge eines Entscheides, der von einer ihrer Suborganisationen, der Feuerwehr, gewünscht wurde, beeinflusst?
7. Welche Projekte der Gemeinde müssen schlussendlich zu Gunsten des Projektes ‚FeuerWerk‘ verändert oder zurückgestellt werden?

Wie an der heutigen Sitzung zu erfahren war, hat sich die finanzielle Lage der Gemeinde leicht entspannt. Dies als Frucht der Bemühungen aller, den Haushalt wieder ins Lot zu bringen. Der Ausbau des Wehrdienstmagazins zieht einen nicht unbedeutenden Investitionsbedarf (zu decken mit Steuergeldern der Gemeinde) nach sich, mit dem sich die SP nicht einfach abfinden will. Die genauere Überprüfung der Zusammenhänge erscheint deshalb zwingend.“

Herr Renato Tognina, Erstunterzeichner, hat keine weiteren Bemerkungen.

13.7 Motion des Jugendrates Steffisburg betr. Jugendtreff Schächli (2004/09)

Ausgangslage

„Der Jugendrat Steffisburg ist sehr froh darüber, dass sie einen gut besuchten Jugendtreff haben.

Sorge bereitet dem Jugendrat jedoch die Zukunft des Jugendtreffs. Bekanntlich wird der Werkhof in Kürze umgebaut. Leider ist bis jetzt noch nicht klar, was mit dem Jugendtreff geschieht.

Begehren

Der Jugendrat ersucht den Gemeinderat sicherzustellen, dass vor dem Abbruch des Jugendtreffs Schächli eine gleichwertige Alternative zur Verfügung steht.“

Herr Jonas Reusser, Präsident des Jugendrates, hat keine weiteren Bemerkungen.

14. Einfache Anfragen

14.1 Überbauungsordnung Nr. 47 (Walkeweg); Abrechnung

Herr Stefan Schneeberger erkundigt sich, auf wann die Abrechnung erwartet werden kann.

Herr Gemeinderat Paul Zbinden teilt mit, der Gemeinderat habe das Geschäft verabschiedet. Dieses wird demnächst zur Einsichtnahme aufliegen.

14.2 Aktive Investorensuche Dorfplatz

Herr Jürg Gerber möchte wissen, wie weit die Investorensuche ist.

Herr Gemeindepräsident Hans Rudolf Feller informiert, dass man mit zwei bis drei ernsthaften Interessenten im Gespräch sei. Sollte aus den Gesprächen kein Ergebnis folgen, muss von Seiten der Gemeinde ernsthaft nach einer Lösung gesucht werden.

14.3 Ausfahrt Landi

Frau Bettina Joder Stüdle fragt nach dem Stand betreffend Ausfahrt Landi.

Herr Hans-Peter Hadorn, Abteilungsleiter Hochbau/Planung gibt bekannt, das Geschäft liege beim Amt für Gemeinden und Raumordnung zur Genehmigung auf. Dies nachdem die Einsprecher ihre Beschwerden zurückgezogen haben.

14.4 Arbeitsvergebungen nach Submissionsgesetz

Herr Marcel Schenk erkundigt sich, ob die zuständigen Abteilungen bzw. Kommissionen Arbeitsvergebungen nach dem geltenden Submissionsgesetz vergeben. Ihm ist zugetragen worden, dass Arbeiten in einem Kindergarten nicht nach den Vorschriften vergeben wurden.

Herr Gemeindepräsident Hans Rudolf Feller bestätigt, dass in einem Fall gewisse Unstimmigkeiten aufgetreten sind. Der Auftragnehmer hat in der Zwischenzeit die Angelegenheit in Ordnung gebracht. Die zuständigen Stellen geben sich grosse Mühe, die Submissionsverordnung und die Abmachungen der Region einzuhalten.

14.5 Überbauung Eichelacker

Herr Rudolf Meyer möchte den Stand der Planungsarbeiten für das Land im Eichelacker wissen.

Herr Gemeindepräsident Hans Rudolf Feller informiert, dass in der Zwischenzeit eine Projektstudie vorliegt. Demnächst erfolgt nun eine Orientierung für die Anstösser. Anschliessend erfolgt die Ausschreibung auf Grund der Projektstudie.

14.6 Jakobs'Kreuzkraut - eine Giftpflanze auf dem Vormarsch

Frau Elisabeth Schwarz stellt fest, dass die Gemeinde am 1. April 2004 keinen Vertreter an die Orientierungsversammlung zum Thema „Jakobs'Kreuzkraut - eine Giftpflanze auf dem Vormarsch“ des Regierungsstatthalteramtes delegiert hat. Was hat die Gemeinde zu diesem Thema bereits unternommen und welche Massnahmen sind für die Zukunft geplant?

Herr Gemeinderat Paul Zbinden hat von der Verbreitung des Krauts Kenntnis und wird die Anfrage an der nächsten Sitzung beantworten.

Die Vorsitzende, Frau Ursulina Huder informiert, dass der diesjährige Ausflug des Grossen Gemeinderates am Freitag, 10. September 2004, stattfindet. Weitere Infos erfolgen an der Juni-Sitzung.

Schluss der Sitzung um 20.25 Uhr

**GROSSER GEMEINDERAT STEFFISBURG
Die Präsidentin**

**Ursulina Huder
Der Gemeindeschreiber**

Hans Ulrich Schmid

Die Protokollführerinnen

Jacqueline Schweizer

Katharina Habegger

Die Stimmzählenden

Katharina Gfeller

Heinz Gerber